



ASIEN/INDIEN - Kinder sterben in einer Schule in Bihar an den Folgen einer Lebensmittelvergiftung: Kirche fordert mehr Kontrollen

New Delhi (Fidesdienst) – Insgesamt 22 Kinder starben im indischen Staat Bihar an den Folgen einer Lebensmittelvergiftung. „Dies zeigt wie wichtig das Thema der Lebensmittelkontrolle ist und stellt die Dringlichkeit der Verabschiedung des ‚Food Security Bill‘ unter Beweis“, so der Sekretär der Kommission für Gerechtigkeit Frieden und Entwicklung der Indischen Bischofskonferenz, Pfarrer Charles Irudayam, zum Fidesdienst.

Zu dem Vorfall, bei dem insgesamt 47 Kinder vergiftet wurden (von denen 22 starben) kam es in einer staatlichen Grundschule in Saran (Bihar) im Osten von Indien, wo Kinder eine kostenlose Mittagsmahlzeit erhalten. Wie aus ersten Ermittlungen hervorgeht, enthielten die Lebensmittel Spuren von Insektenvernichtungsmittel, die bei den Kindern im Alter von unter zehn Jahren zu einer Vergiftung und bei fast der Hälfte sogar zum Tod führten. Pfarrer Irudayam, der den Familien der Kinder im Namen der Bischöfe sein Beileid ausspricht erinnert daran, „dass die Zivilverwaltung der einzelnen indischen Staaten für Lebensmittelkontrolle und –Sicherheit verantwortlich ist“. Der katholische Geistliche bestätigt unterdessen gegenüber dem Fidesdienst, dass in Schulen, die sich in Trägerschaft der katholischen Kirche und anderer christlicher Gemeinschaften befinden, „der Kontrolle der von Kindern verzehrten Lebensmitteln höchste Aufmerksamkeit gewidmet wird.“

Das Thema der Lebensmittelkontrolle sie „ein nationales Anliegen von lebenswichtiger Bedeutung“, so der Pfarrer Irudayam, der daran erinnert, dass diese jüngste Episode in Bihar, die Debatte um das Lebensmittelsicherheitsgesetz „Food Security Bill“ (vgl. Fidesdienst 07/07/2013) erneut in den Mittelpunkt stellt. „Die katholische Kirche befürwortet dieses Gesetz, in dessen Rahmen Arme und Ausgegrenzte mit Lebensmittel versorgt werden sollen. Die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der indischen Bischöfe hat bereit 2008 ein solches Gesetz befürwortet und sich damit zum Sprecher der armen Gemeinden in entlegenen Regionen des Landes gemacht. Nun glauben wir, dass diese Gesetz erweitert und ergänzt werden sollte und hoffen, dass das Parlament unserer Vorschläge annimmt“. (PA) (Fidesdienst, 17/07/2013)